



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Familienrecht, Familienmodelle und erbrechtliche Beziehungsmodelle

Breitschmid, Peter

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-113950>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Breitschmid, Peter (2015). Familienrecht, Familienmodelle und erbrechtliche Beziehungsmodelle. Bulletin der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), 21(1):63-64.

Familienrecht, Familienmodelle und erbrechtliche Beziehungsmodelle

Peter Breitschmid, Privatrecht, Universität Zürich

Das Erbrecht basiert auf der familienrechtlichen Ordnung und schützt damit – abgesehen von der verfügbaren Quote – die gesetzlich anerkannten Beziehungsformen. Einem breiteren Beziehungsfeld könnte mit einer erweiterten verfügbaren Quote Rechnung getragen werden, wobei Erbschleicher ausgefiltert und das betreuende Umfeld eingeschlossen werden sollten. Wenig sinnvoll wäre hingegen die Aufhebung des Pflichtteils.

Das Familienrecht (Art. 90 ff. ZGB) regelt zwischenmenschliche Beziehungen, allerdings nur die familienrechtlich geregelten, also derzeit Ehe und eingetragene Partnerschaft (PartG). Und das Erbrecht (Art. 457 ff. ZGB) knüpft mit seiner familienerbrechtlichen Ordnung der gesetzlichen Erbfolge an diese familienrechtlichen Gegebenheiten an. Während allerdings das «Beziehungsrecht» (Ehe bzw. eingetragene Partnerschaft) durch einen *numerus clausus* dieser gesetzgeberisch anerkannten Beziehungsformen beschränkt ist, räumt das Erbrecht des ZGB seit 1912 eine *verfügungsfreie Quote* ein (Art. 470 f. ZGB). Das Erbrecht ist mithin *offener und flexibler* als das Familienrecht und impliziert damit, dass es neben der gesetzlichen Erbfolge von Familienangehörigen *weitere* schützenswerte Anliegen gibt. Auch wenn der verfügbare Teil des Nachlasses neben überlebenden GattInnen/PartnerInnen und Nachkommen eher eng ist (und durch kantonale erbschaftssteuerliche Normen weiter beschnitten wird: Die familienbezogene Ausgestaltung der Erbschaftssteuern bestraft die Begünstigung *anderweitiger* Beziehungsformen), besteht Raum zur (wirtschaftlichen) Anerkennung *anderer* oder *weiterer* Beziehungen. Nebst Patchworkbeziehungen müssen sich auch sonstige nahestehende Personen (Patenkinder, «gute Geister», aber auch Charitys) in diese verfügbare Quote teilen (und entsprechend heftig wird darum geworben), weshalb auf ein breiteres Beziehungsfeld mit einer erweiterten verfügbaren Quote zu reagieren ist.

Ob «Wettbewerb» um diese Quote nicht bisweilen fast erbschleicherische Züge annehmen könnte, wird etliches Gespür erfordern.

Die gesetzgeberische Ausgangslage

Im Erbrecht stellen sich mithin drei Hauptfragen:

- Welche Familienmodelle des vielfältigeren Beziehungsrechts und -geflechts sind erbrechtlich abzubilden?
- In welchem Umfang hat das Erbrecht einen «engeren Zirkel» besonders «qualifizierter» Beziehungen besonders zu schützen bzw.
- in welchem Umfang sollen ErblasserInnen gänzlich beliebig über ihre Vermögenswerte disponieren können?

Was kann man tun? Skizzen einer Reform ...

Grundsätzliche Überlegungen zur mittlerweile über 100-jährigen Ordnung haben zweifelsohne von den aktuellen Gegebenheiten auszugehen; der Generationenübergang und der intergenerationelle Vermögensübergang sind allerdings in vielfältiger Hinsicht «traditionell». Zwar sind *demographische* und *soziale* Aspekte (längere Lebenserwartung, grössere Beziehungsvielfalt, verbesserte sozialversicherungs- und vorsorgerechtliche Absicherung des Alters), aber auch generell eine *individuellere Grundhaltung* heute prägend. Aktuelle Gesetzesrevisionen im Bereich des ZGB (Scheidungsrecht 2000, Kindes- und Erwachsenenschutz 2013) gehen von einem individualistischen Konzept und einer betonteren Autonomie des Individuums aus. Das dürfte sich auch bei der durch die Motion Gutzwiller (10.3524) angestossenen Revision des Erbrechts abbilden, und es ist absehbar, dass die *verfügbare Quote* eher erweitert und der *Kreis der Pflichtteilsberechtigten* auf einen engeren Kern (EhegattInnen, Nachkommen) beschränkt wird; inwiefern es gelingt, den Kreis der gesetzlichen Erben nicht nur über den zivilstandsregisterlichen Status, sondern auch über

die *Beziehungsintensität* zum jeweiligen Erblasser zu definieren, dürfte – nebst technischen Einzelheiten – der umstrittenste Punkt der Revision sein. Diesbezüglich ist zu unterstreichen, dass «*Beziehungsintensität*» nicht zwingend mit «*Beziehungsqualität*» gleichgesetzt werden darf (und umgekehrt) – es geht darum, intensiv wirkende Erbschleicher *auszusondern* und intensiv (aber möglicherweise gerade deshalb in Konflikte involviertes) betreuendes Umfeld *einzuschliessen*. Zugleich wird man sich aber davor hüten müssen, unreflektiert absolut-individualistische (Momentan-) Vorstellungen häufig schon älterer und belasteter ErblasserInnen zum absoluten Massstab zu machen, weshalb der Kern des Pflichtteilsrechts nicht zur Disposition stehen kann – in einer Welt mit Patchworkbeziehungen ist die Vorstellung, dass vielfältigere Beziehungsgeflechte bestehen, auch im pflichtteilsgeschützten Kern unvermeidlich.

... und deren Umsetzung im Alltag

Zwar wäre die «juristische Mechanik» natürlich «reibungsfreier», wenn Beziehungen allein nach dem «Beziehungs-Grundbuch» (dem Zivilstandsregister) beurteilt werden könnten. Die sehr ursprüngliche, uraltem Rechtsverständnis entsprechende Unterhaltssicherungsfunktion des Erbrechts ist aber nicht vom Status, sondern auch von privat übernommener Verantwortung bestimmt. Als Jurist möchte man zwar fordern, dass solche private Verantwortung durch ein explizites Commitment bestätigt wird. Die Testierquote ist allerdings notorisch bescheiden, und gerade in wirtschaftlich unterdurchschnittlichen Verhältnissen ist Beratung fern (und – relativ – teuer), weshalb sich eine gesetzliche Beteiligung rechtfertigen würde: Wenn es gelingt (und es ist alltägliche, wenn auch natürlich bisweilen nicht einfache Praxis), bei naheheiligem Unterhalt und im Recht der beruflichen Vorsorge Nicht-Status-Beziehungen zu qualifizieren, so sind die inhärenten Ungewissheiten auch im erbrecht-

lichen Kontext zwar hinzunehmen, aber auch bewältigbar: Art. 4 ZGB (Würdigung der konkreten Verhältnisse nach pflichtgemäßem gerichtlichem Ermessen) wird jedenfalls bessere (verständlichere) Lösungen in Konfliktfällen ermöglichen als eine absolut starre Ordnung.

Bereits seit jeher bestehen unterschiedliche Quoten von gesetzlichen und pflichtteilsgeschützten Ansprüchen. Dieses Modell dürfte Bestand haben: Nicht anders als im Automobilbau, wo «Plattformen» und unterschiedliche Varianten entwickelt werden, wird sich eine «Typisierung» ergeben. Das wäre nicht der (rechtskulturell kaum bewältigbare) Übergang zur *family provision* des pflichtteilsfreien *Common Law*, sondern eine Nuancierung und Flexibilisierung des geltenden Systems.

Zum Autor

Peter Breitschmid



Prof. Dr. Peter Breitschmid ist seit 2002 Ordinarius für Privatrecht mit Schwerpunkt ZGB an der Universität Zürich. Er studierte in Zürich und verbrachte seine Doktoratszeit in Zürich, Paris, Padua und München. 1985 wurde er Sekretär am Obergericht Zürich. Ab 1988 hatte er Lehraufträge an der Universität Zürich, seit 1993 auch an der Universität St. Gallen, wo er 2000 für Privatrecht

habilitiert wurde. Von 2000 bis 2007 war er Ersatzrichter am Obergericht Zürich.